



VERTRAU(D)LICH

22. Juli 2020

Vier Fragen, vier Antworten

AUTOR

Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirtin/
Leitung Research
Telefon: 0 69/91 32-20 24
research@helaba.de

REDAKTION

Dr. Stefan Mitropoulos

HERAUSGEBER

Helaba
Landesbank
Hessen-Thüringen
MAIN TOWER
Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/91 32-20 24
Telefax: 0 69/91 32-22 44

Wie wird sich Europa durch Corona verändern?

Die Corona-Pandemie hat alle EU-Länder ins Mark getroffen: Der Lockdown im März hat die Nachfrage abrupt gebremst, insbesondere in Sektoren, die davon leben, dass sich Menschen treffen. Lieferketten wurden unterbrochen und der Warenhandel beeinträchtigt. Auch die Freizügigkeit von Personen wurde durch die Pandemiebekämpfung außer Kraft gesetzt. Noch nie seit der Schaffung des Binnenmarktes 1993 kam es zu einer so umfassenden, aber offenbar notwendigen Verletzung der geltenden Prinzipien.

Für europäische Verhältnisse kam die Reaktion auf die Krise rasch, koordiniert und entschlossen: Finanzielle Hilfen wie das Kurzarbeitergeld SURE, die Unterstützung von EIB und ESM sowie die Umwidmung von Strukturfondsmitteln sollen dazu beitragen, den wirtschaftlichen Schock zu mildern. Die Einigung auf den 750-Mrd.-Euro schweren Wiederaufbauplan auf dem jüngsten EU-Gipfel war allerdings alles andere als einfach. Zusammen mit dem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 haben die Mitgliedsländer nach langen Verhandlungen schließlich Handlungsfähigkeit bewiesen. Wichtig ist nun, dass die Mittel schnell und sinnvoll eingesetzt werden. Davon wird abhängen, ob hier Chancen genutzt werden und Europa letztlich gestärkt aus der Krise hervorgeht, oder ob über die vereinbarten Zuschüsse in dreistelliger Milliardenhöhe und erstmals eine gemeinsame Schuldenaufnahme nur der Weg in die Transferunion fortgesetzt wird.

Was passiert, wenn es zu einer zweiten Welle kommt?

Wenn die Zahl der Neuinfektionen wieder spürbar anziehen sollte, ohne dass es bei Therapie oder Impfstoff einen Durchbruch gegeben hat, stehen die Regierungen vor einer extrem unangenehmen Entscheidung. Eine Neuauflage der drastischen Lockdowns würde zwar wohl wie in der ersten Runde die Ansteckungen eindämmen. Bereits die erste Welle an Beschränkungen hat aber nicht nur in den meisten Ländern politische Proteste ausgelöst, sondern auch die Belastbarkeit der Wirtschaft auf eine ernste Probe gestellt. Mit Hilfe von Fiskalpaketen von vorher schier unvorstellbarer Größe haben die Industrieländer den Effekt von Pandemie und Lockdown auf Unternehmen und private Haushalte teilweise abfedern können. Trotzdem wird die Kontraktion 2020 auch ohne zweite Welle vielerorts die stärkste sein seit es die moderne Wirtschaftsstatistik gibt. Um einen erneuten Schock dieser Größenordnung zu vermeiden, werden wohl stärker zielgerichtete und regional beschränkte Instrumente erforderlich sein – auch wenn sie vom epidemiologischen Standpunkt aus vielleicht nicht optimal sind.

Auf was muss sich die Weltwirtschaft im US-Wahlkampf einstellen?

Zunächst besteht das Risiko, dass der amtierende Präsident in den Monaten bis zur Wahl noch unberechenbarer agiert, nur um sich einen kurzfristigen Vorteil in der öffentlichen Meinung zu verschaffen. Dies betrifft in erster Linie die Handelspolitik und speziell das äußerst angespannte Verhältnis zu China. Allerdings dürfte sich auch Joe Biden kaum als Chinafreund positionieren. Der Wahlkampf selbst sollte vor allem an den Finanzmärkten mit Spannung verfolgt werden, schließlich unterscheiden sich Bidens Pläne für die Steuer-, Klima- und Regulierungspolitik drastisch von denen Trumps. Aber Inhalte scheinen in diesem Wahlkampf eine eher untergeordnete Rolle zu spielen. Für die „Realwirtschaft“, vor allem außerhalb der USA, dürften daher von dieser Seite weder größere positive noch negative Impulse ausgehen. Wahrscheinlich wird bis zum Wahltag

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.

nicht klar erkennbar sein, wer letztlich das Rennen machen wird. Die drängende Frage nach der kurzfristigen Haushaltspolitik in der Pandemie liegt ohnehin in den Händen des aktuellen Kongresses. Hier sind die zukünftigen Mehrheitsverhältnisse genauso unsicher wie der Ausgang der Präsidentenwahl.

Was ist eigentlich mit dem Brexit?

Nach dem EU-Austritt der Briten am 31. Januar soll bis Ablauf der Übergangsphase Ende 2020 das zukünftige Verhältnis ausgehandelt werden. Trotz der Corona-Krise wird die Frist nicht verlängert. Dabei stocken die Verhandlungen. Die Zeit drängt, denn die Parteien müssen sich bis Oktober einigen, um den Vertrag noch ratifizieren zu können. Die Briten streben ein Freihandelsabkommen an, d.h. sie werden EU-Binnenmarkt und Zollunion verlassen. Der Warenhandel soll weitgehend zollfrei erfolgen, jedoch möchten die Briten eigene Standards festlegen. Dagegen beharrt die EU auf ihren Regeln und verlangt die Einhaltung der „fairen“ Wettbewerbsbedingungen („Level Playing Field“). Streitpunkte gibt es darüber hinaus u.a. in der Fischerei, im Finanzsektor sowie der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs. In einem Kompromiss müssten die Briten im Warenhandel wohl bis auf Ausnahmen die bisherigen EU-Standards akzeptieren. Aber auch bei einem Deal werden Zollformalitäten erforderlich sein. Im Vergleich zum Vorjahr bereiten sich immerhin beide Parteien besser darauf vor. Damit sind die Grenzen zwischen einer Einigung und einem Scheitern der Verhandlungen – trotz einer im letzteren Fall nötigen Einführung von Zöllen – weniger scharf, zumal einige Punkte bereits im Austrittsvertrag geklärt wurden. Allerdings wird ein selbst nicht ganz so großer wirtschaftlicher Rückschlag vor dem Hintergrund der Corona-Krise kaum im Interesse der britischen Regierung sein. Ungeachtet der aktuellen Rhetorik erwarten wir daher, dass sich die Briten und die EU letztlich zumindest auf ein Rumpfabkommen verständigen und noch etliche Punkte nachverhandelt werden. ■